

Stefan Schröder

„Jüdische Geschichte vor Ort“, Tagungsbericht, Münster, 13.9.2002

Die Herbsttagung der „Historikerinnen und Historiker vor Ort e.V.“ zum Thema „Jüdische Geschichte vor Ort“ wurde organisiert von Dr. Susanne Freund, Andreas Determann und Dr. Wolfgang Antweiler. Es trafen sich rund 40 Mitglieder und Interessierte am Freitag, den 13. September 2002 im Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster.

Der HVO-Vorsitzende Dr. Wolfgang Antweiler (Stadtarchiv Hilden) fasste in seiner Einführung kurz die Beweggründe für die Themenwahl zusammen. Nicht erst die aktuelle Antisemitismusdebatte zwischen Möllemann und Friedman habe vereinsintern zu der Überzeugung geführt, ein klassisches lokalhistorisches Feld, die Erforschung der jüdischen Geschichte während des Nationalsozialismus, aus anderen Perspektiven zu beleuchten. So sollten einerseits die Zeitschnitte 1933 und 1945 durchbrochen werden, um jüdisches Leben in Deutschland in seiner „long durée“ wahrzunehmen, andererseits jüdische Lebensschicksale nicht nur als Opfer, sondern als Subjekte ihrer Geschichte zu betrachten.

In der Begrüßung durch Dr. Alfons Kenkmann, Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel, verdeutlichte ein Rückblick auf die HVO-Herbsttagung 1997, die in der noch unrenovierten Villa ten Hompel stattgefunden hatte, die bemerkenswerte Entwicklung von einer leerstehenden städtischen Immobilie zu einem international anerkannten Erinnerungs-, Forschungs- und Lernort. Die damalige Tagung, eine der ersten in der Villa, hatte in Münster dazu beigetragen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit dieser Einrichtung zu schärfen.

Die erste Sektion über „Jüdische Kunst und Kultur“ wurde von Andreas Determann (Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster e.V.) moderiert. In seiner Einführung stellte er die Frage, ob es eine explizit jüdische Kunst überhaupt gebe. Diese Frage versuchte Dr. Christoph Kivelitz (Stadtmuseum Bochum) zu beantworten. Dabei nahm er Bezug auf eine unter dem Arbeitstitel "Du sollst Dir kein Bildnis machen (...) - Jüdische Identitäten und die moderne Kunst" geplante Ausstellung. Für deren Konzeption ist es eine unabdingbare Voraussetzung, sich den v.a. in den USA geführten Diskurs über „jüdische“ Kunst bzw. das seit dem 19. Jahrhundert diskutierte biblische Bilderverbot in seinen gegensätzlichen Ausprägungen zu vergegenwärtigen, um von dieser Kenntnis ausgehend eigene

Vorstellungen umsetzen zu können. Kivelitz betonte jedoch, dass neben diesem Diskurs das vorhandene Bilderschaffen völlig aus dem Blickfeld geriet. Bei der Suche nach jüdischer Kunst bzw. jüdischen Künstler/innen ist dann aber zu berücksichtigen, dass jüdische Selbstdarstellungen religiös, ethnisch und kulturell gefärbt sein können oder die jüdische Herkunft völlig leugnen. Eine Spurensuche gestaltet sich daher teils schwierig.

„Jüdische“ Kunst bzw. Künstlerinnen und Künstler liefert/liefere ein Spiegelbild des 20. Jahrhunderts. Um dies sichtbar zu machen, das Koordinatensystem aus Emanzipation, Assimilation, Akkulturation und Zionismus aber nicht zu vernachlässigen, stellte Kivelitz thematische Abschnitte vor, die sich verschiedenen Realitäten jüdischer Kunst des 20. Jahrhunderts auf je eigene Weise nähern. Der Abschnitt „Zwischen Emanzipation und Assimilation“ wurde durch Gemälde von Liebermann und dessen Christusdarstellungen herausgestellt. „Der Ausbruch aus dem Shtetl Osteuropas und die Neuschöpfung des Universums“ als thematischer Abschnitt weist auf den Kontakt der Jüdinnen und Juden Osteuropas mit fremden Kulturen hin. Durch deren Einwanderungssituation führte dieser Kontakt zu spezifischer Teilnahme am Kunstgeschehen bis hin zu den Avantgarden. „Die ‚jüdische Renaissance‘ in Berlin“ Anfang des 20. Jahrhunderts stand unter dem Einfluss des Zionismus und soll mit dem Untertitel „Visionen um Apokalypse und Erneuerung“ Eingang in die Ausstellung finden. „Jüdische Künstlerinnen und Künstler als Weltenbürger“, die sowohl Nähe als auch Distanz zur Außenwelt der Großstadt wahren, sollen den Rahmen einer weiteren Sektion bilden und werden mit dem Untertitel „Anschauung, Deutung und Verfremdung von Wirklichkeit“ vorgestellt. „Moderne Ikonoklasmen. Katharsis und Neubeginn“, „Erzählstrategien zwischen Ironie und Subversion“, „Zwischen Parteinahme und Distanz zum öffentlichen Leben“ und „Zeitgenössische Perspektiven“ runden den Überblick ab.

Kivelitz hob besonders die Wichtigkeit der drei Experimentierfelder: Mobilität, Austausch und Experimentierfreude hervor. Abschließend resümierte er, dass jede/r vorgestellte Künstlerin/Künstler je nach Sichtweise seinen Platz in der Kunst des 20. Jahrhunderts oder in der jüdischen Kunst habe, wobei Schnittflächen und Überschneidungen stets zu beachten sind.

Die Konzeption des Museums Bochum wird im Januar 2003 durch ein Symposium mit Judaist/innen, Religionswissenschaftler/innen, Künstler/innen jüdischer Herkunft sowie Kunsthistoriker/innen ergänzt. Der geplante Ausstellungskatalog soll die aufgeworfenen Fragestellungen vertiefen und so den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs befördern.

Im anschließenden zweiten Vortrag gab Frau Dr. Elfi Pracht-Jörns (Kölnisches Stadtmuseum) einen umfassenden Überblick über das jüdische Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Schon bevor die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder 1996 aufgefordert hatte, Inventare der jüdischen Sachkultur zu erstellen, sind in Nordrhein-Westfalen durch das damalige Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr als Oberster Denkmalbehörde des Landes NRW jüdische Friedhöfe gesichert und saniert, archäologische Untersuchungen mittelalterlicher jüdischer Viertel durchgeführt und noch bestehende Gebäude jüdischer Sachkultur restauriert worden. Damals entstand auch das Projekt „Jüdisches Kulturerbe in NRW“, das sich von einer zunächst geplanten zweijährigen Laufzeit auf inzwischen acht Jahre ausgeweitet hat. Als Ergebnis erschienen bislang Teilbände für die Regierungsbezirke Köln, Detmold und Düsseldorf. Der vierte Band über den RB Münster stand zum Zeitpunkt der Tagung kurz vor der Veröffentlichung. Er wurde Mitte Oktober 2002 veröffentlicht und ist inzwischen im Buchhandel erhältlich. Band 5 über den Regierungsbezirk Arnsberg ist derzeit in Arbeit.

Die Publikation legt ihren Schwerpunkt auf Einrichtungen jüdischer Gemeinden vornehmlich der Zeit von 1800 bis 1945, deren Baugeschichte in die deutsch-jüdische Geschichte, Gemeinde- und Alltagsgeschichte eingebettet dargestellt wird. Neben Synagogen und Beträumen werden auch Ausstattungsstücke, Mikwen, Friedhöfe, Schulgebäude, Sozialeinrichtungen und ausgewählte Wohn- und Geschäftshäuser vorgestellt. Der Vortrag verdeutlichte durch zahlreiche Darstellungen die Vielfalt der zum größten Teil verschollenen Architektur. Diese folgten der Dreiteilung in Synagogen, Friedhöfe und Wohn- und Geschäftshäuser. Neben Einblicken in die spezifische Rechercharbeit, vor allem für verlorene Sachzeugnisse, veranschaulichte Pracht-Jörns aber auch immer wieder den Gegenwartsbezug durch die Betonung vielfältiger Initiativen um die Erhaltung und sinnvolle Nutzung wiederentdeckter jüdischer Bauten. Die Bauformen und ihre Lage standen in Abhängigkeit von den jeweils vorherrschenden Baustilen, Vorschriften und Haltungen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Die Vielschichtigkeit zeigte sich schon in den Besitzverhältnissen, denn nicht zwangsläufig waren die Einrichtungen jüdisches Eigentum. Zahlreiche Beträume in Dachstühlen, Gewerbegebäuden und Hinterhöfen kontrastierten das Bild der auch architektonisch erkennbaren wenigen Monumentalsynagogen, die es heute in NRW nur noch in Köln und Essen gibt.

Mikwen, jüdische Ritualbäder, haben sich in NRW äußerst selten erhalten. Neben der bekannten hochmittelalterlichen, vermutlich sogar noch älteren Kölner Mikwe kann z.B. in dem Teilband zum Regierungsbezirk Münster nun auch eine Mikwe in Borken-Gemen nachgewiesen werden.

Dagegen stellen jüdische Friedhöfe die größte Gruppe erhaltener Sachkultur mit einem entsprechend hohen Denkmalwert dar. In NRW ist mit etwa 450 jüdischen Friedhöfen zu rechnen. So existieren beispielsweise im Rheinland noch 207 von ehemals 237 jüdischen Friedhöfen, obwohl die im Judentum ewige Totenruhe von christlicher Seite oft verletzt wurde. Eine Inventarisierung der Grabinschriften und der Emblematisierung ist bislang nur für den Regierungsbezirk Düsseldorf vorhanden. Für die anderen Regierungsbezirke besteht hier ein in der Fachwissenschaft unbestrittener Handlungsbedarf.

Im ersten Teil der Tagung wurde bereits auf das bis heute nicht befriedigend gelöste Problem hingewiesen, ob die jüdische Minorität stets eine Sonderrolle einnahm und einnimmt oder ob jemals eine Integration stattgefunden hat. Der Holocaust und die daraus resultierenden Folgen prägen bis heute das deutsch-jüdische Verhältnis. Aus diesem Grunde widmete sich die zweite Sektion, die Dr. Susanne Freund (Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster) moderierte, dem Thema "Jüdische Selbstbehauptung und Verfolgung".

Dr. Andrea Niewerth aus Gladbeck stellte die Emigrationsentscheidungen Gelsenkirchener Jüdinnen und Juden vor und implizierte damit die Frage: "Was muss eigentlich passieren, damit ich meine Heimat verlasse?" Ausgehend von einer für statistische Auswertungen soliden Aktengrundlage über Gelsenkirchen mit der Anfang des 20. Jahrhunderts zweitgrößten jüdischen Gemeinde Westfalens konnte Niewerth Daten von 1200 der 1932 ca. 1600 Jüdinnen und Juden in der Stadt anlegen. Alters- und Berufsstruktur, Staatsangehörigkeit u.a. wurden in Beziehung gesetzt zu Faktoren wie dem Auswanderungszeitpunkt in den Enddreißiger Jahren. Sie ging dabei der immer wieder gestellten Frage nach, warum die deutschen Jüdinnen und Juden nicht „rechtzeitig“ emigriert sind, erläuterte aber gleichzeitig, dass diese Frage aus der Perspektive nach dem Holocaust die Diversifizierung innerhalb des deutschen Judentums außer acht lässt und die Reduzierung auf Verfolgung und Vernichtung der realen Situation in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg nicht gerecht wird. Dies belegte auch ihre statistische Auswertung für Gelsenkirchen: Die Katastrophe erfasste weder alle Jüdinnen und Juden gleichzeitig noch auf die gleiche Art und Weise.

Jenseits vielfältiger individueller Reaktionsmuster und Motivstrukturen kommt man aber auch der Frage näher, ob gleich handelnde Personen soziostrukturelle Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Quellenlage über die Jüdinnen und Juden in Gelsenkirchen ließ diese Hypothese untersuchenswert erscheinen. Gleichzeitig ergaben sich so repräsentative Möglichkeiten für die jüdische Bevölkerung des Rhein-Ruhr-Raumes.

Eine ausführliche Präsentation der Quellengattungen nebst Quellenkritik verdeutlichte die breite und vielfältige Basis der Untersuchungen: Hunderte Wiedergutmachungsakten konnten ebenso wie Wählerlisten der Synagogengemeinden der 1920er Jahre, Deportationslisten von 1942 und 1946 aufgestellte Listen über Deportierte vergleichend und sich ergänzend herangezogen werden. Weitere Quellengattungen umfassten ein Gedenkbuch, Listen der VVN von 1947, Ergebnisse der Volkszählungen 1933 und 1939, Friedhofslisten und mündliche Quellen.

Die Datenerhebung und Erfassung in einer Datenbank wurden anschließend ausführlich dargestellt. So konnten 2169 Personen erfasst werden, von denen 1523 Datensätze untersuchenswert waren. Für 1933 konnten 1235 Datensätze der laut Volkszählung 1616 Gelsenkirchener Jüdinnen und Juden angelegt werden.

Niewerths als Fallbeispiel angelegte Studie kann wegen der dichten Quellenlage sowohl als besonders gelungene Lokalgeschichte betrachtet werden, aber auch, als „Seismograph gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen“, überregionale Gültigkeit beanspruchen. Vor allem Fragen der Quellenkritik wurden von Niewerth auch selbst aufgeworfen, die nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Grenzen einer solchen Quellenauswertung genau ausgelotet hatte. So resümierte sie abschließend, dass zur Optimierung der Auswertung auch Oral History-Quellen heranzuziehen seien.

Anschließend zeigte der Vortrag von Andreas Disselnkötter von der Universität Dortmund exemplarisch, wie die israelische Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem nichtjüdische Deutsche als "Gerechte unter den Völkern" ehrt, weil sie Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit retteten. Er führte als Beispiel den in Berlin untergetauchten Maler Rudolf Popper an. In Berlin konnten mehr Jüdinnen und Juden als in jeder anderen deutschen Stadt untertauchen, Schätzungen belaufen sich auf 5000-10000 überlebende Untergetauchte. Erst spät, in den 1990er Jahren, wurden die untergetauchten Überlebenden von der Forschung wahrgenommen. Die Helfer/innen und Retter/innen müssen dagegen bis heute gegen Vorbehalte ankämpfen. Daher steckt die Sichtung der Quellen noch in den Anfängen. Erst seit 1997 gibt es im Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung eine Datenbank über „Judenretter“. Mit der Zunahme des öffentlichen Interesses gehen daher auch immer neue Hinweise auf Helfer/innen bei der israelischen Botschaft und der Jerusalemer Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem ein. Zur Forschungssituation stellte Disselnkötter zwei Bereiche einander gegenüber: Einmal die in deutscher und amerikanischer Forschung dominierende Sicht auf die Helfer/innen und Retter/innen und die Frage nach ihren Motiven. Auf der anderen Seite gewinnen die Überlebenden, wenn die Perspektive auf sie gerichtet wird, eine aktive Rolle.

Sie waren keine passiven Opfer. Daher strebt die zweite, vor allem in Israel betriebene Forschungsrichtung nach der Rekonstruktion des Lebensweges der Überlebenden durch den Untergrund.

Für diese Rekonstruktion von Einzelschicksalen sind sämtliche verfügbaren Quellen von Belang. Damit entsteht ein anschauliches Bild vielfältiger Hilfeleistungen, die zu über 50% von Personen geleistet wurde, die den Untergetauchten nicht bekannt waren. Die Frage, wie Jüdinnen und Juden überleben konnten, rückt dabei in den Mittelpunkt.

Die Prüfung einzelner Hinweise auf Helfer/innen und Retter/innen, die meistens von den Überlebenden kommen, wird von Yad Vashem als Ausgangspunkt von Recherchen benutzt, um der Frage nachzugehen, ob jemand als „Gerechter unter den Völkern“ (Zaddik) geehrt werden sollte. Denn die Idee der Gerechtigkeit (Zedek) nimmt im Judentum einen wichtigen Platz ein und umfasst sowohl Beziehungen zwischen Einzelpersonen als auch zwischen Gruppen. Der Titel eines Gerechten stellt daher nach Rabbi Michael Goldberger vielleicht die höchste Auszeichnung für einen Juden dar. Er ist auch in der jüdischen Mystik, die von 36 Gerechten in jeder Gesellschaft ausgeht, tief verwurzelt. Diese 36 Gerechten sind nicht bekannt - es können Männer oder Frauen sein, Juden oder Nicht-Juden. Aus der gesellschaftlichen Bedeutung des Titels „Gerechter unter den Völkern“ resultiert eine genaueste Prüfung der Fakten vor der Verleihung. Für die Überlebenden hat es oftmals ebenfalls eine große Bedeutung, ihrem Retter durch die Verleihung des Titels einen Dank aussprechen zu können. Entsprechend kämpfen sie oft für die Verleihung, die nur an solche Helfer geht, die uneigennützig und unter Gefährdung ihres Lebens geholfen haben.

Abschließend resümierte Disselnkötter, was die Berichte der Überlebenden veranschaulichen. Neben dem Anliegen der Überlebenden, ihre Retter zu ehren, kommt damit ans Licht, in welchen Extremsituationen sich Untergetauchte befanden, die in anderer Form nirgends dokumentiert sind. Die Berichte zeigen Überlebensstrategien auf dem Weg durch den Untergrund und die Art und Weise, wie sie auf ihre Helfer/innen trafen. Die Frage, warum erst mit dem Film „Schindlers Liste“ von 1992 die Helfer/innen ins öffentliche Bewusstsein rückten, ist mit dem generellen Schweigen der NS-Zeit in den Familien, einem latent vorhandenen Antisemitismus, einer Zurückhaltung der Helfer in Bezug auf ihre als eher gewöhnlich eingestuft Taten und einer Zurückhaltung der Überlebenden nach ihrer Emigration, verbunden mit Vorbehalten gegen Nachkriegsdeutschland, zu erklären.

In Deutschland trug zum Schweigen ebenfalls bei, dass Hilfsleistungen nicht als Widerstandshandlungen gewertet wurden, obwohl lebensrettende Hilfeleistung die nationalsozialistischen Mordpläne durchkreuzte.



Disselnkötter plädierte dafür, Geschichten vom Widerstand durch Hilfe als Teil der Geschichtsdidaktik zu etablieren, über die an aktuelle Alltagserfahrungen mit Rassismus und Intoleranz angeknüpft werden könne.

Dr. Susanne Freund fasste die Ergebnisse der Tagung zum Abschluss noch einmal zusammen. Anschließend fand die Jahreshauptversammlung des Vereines „Historikerinnen und Historiker vor Ort e.V.“ statt.